

## 2.2.0 Allgemeine Festsetzungen (Landschaftsschutzgebiete)

Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
2.2-0	<b>Allgemeine Festsetzungen</b> <b>Verbotsvorschriften</b>  Für alle im Landschaftsplan festgesetzten Landschaftsschutzgebiete gelten die folgenden Regelungen, soweit nicht für einzelne Landschaftsschutzgebiete abweichende Regelungen getroffen werden und auf diese Abweichung ausdrücklich in der Festsetzung verwiesen wird.  Gemäß § 26 Abs. 2 BNatSchG sind alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen.  Sofern unmittelbar anzuwendende europarechtliche oder nationale Vorschriften sowie rechtliche Vorgaben des Landes von den allgemeinen und gebietsspezifischen Verboten abweichende, weitergehende Bestimmungen, insbesondere zum Schutz von Arten und Biotopen und oder Vorgaben hinsichtlich Durchführung von Verfahren enthalten, gelten diese unmittelbar und vorrangig.  Es handelt ordnungswidrig im Sinne des § 77 Abs. 1 Nr. 4 LNatSchG NRW, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Verboten der Ziffer 2.2.0 (allgemeine Verbote für LSG) oder den Verboten oder Geboten der Ziffer 2.2.1 bis 2.2.23 (Gebietsspezifische Verbote und Gebote) zuwiderhandelt.  <u>Hinweis:</u>  Um eine einheitliche und vergleichbare Nummerierung der allgemeinen Verbote, Unberührtheiten und Ausnahmen in allen Schutzgebietskategorien sicherzustellen, werden	  Soweit Unberührtheiten in den Festsetzungen aufgenommen sind und hierfür ein Einvernehmen oder die Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde gefordert ist, erfolgen diese unter Beachtung der Beteiligungsrechte nach dem LNatSchG NRW.        Dies umfasst insbesondere das BNatSchG und das LNatSchG NRW. Insbesondere sind die §§ 39 und 44 BNatSchG (allgemeiner und besonderer Artenschutz) zu beachten.   Nach § 77 Abs. 1 und Abs. 2 LNatSchG NRW handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig einem im Landschaftsplan enthaltenen Gebot oder Verbot zuwiderhandelt, wenn der Landschaftsplan für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist.  Gemäß § 77 LNatSchG NRW können Ordnungswidrigkeiten nach § 78 LNatSchG NRW mit einer Geldbuße bis zu 50.000 Euro geahndet werden sowie Gegenstände, die zur Begehung einer Ordnungswidrigkeit nach § 77 LNatSchG NRW gebraucht oder bestimmt gewesen sind, eingezogen werden. § 77 LNatSchG NRW wird nicht angewendet, wenn die Tat nach anderen Rechtsvorschriften mit Strafe bedroht ist.

Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
	<p>Leerzeichen (z.B. 9. -) vergeben, wenn das entsprechende Verbot, die Unberührtheit oder die Ausnahme nicht vorgesehen ist.</p> <p><b>Allgemeine Verbote:</b></p> <p><b>Insbesondere ist verboten:</b></p> <p>1a. Bauliche Anlagen im Sinne des § 2 BauO NRW 2018 einschließlich Straßen, Wegen, Brücken, Reitwegen, Reitplätzen, Plätzen oder sonstigen Verkehrsanlagen mit Nebenanlagen, Tiergehegen sowie Anlagen in und an Gewässern, u.a. Landungs-, Boots- und Angelstege, insbesondere wenn sie gem. § 62 BauO NRW 2018 keiner bauaufsichtlichen Genehmigung oder Anzeige bedürfen - zu errichten, zu ändern oder deren Nutzung zu ändern.</p> <p>2. Rechtswidrig errichtete oder rechtswidrig geänderte bauliche Anlagen im Sinne des § 2 und § 62 BauO NRW 2018 zu unterhalten, zu nutzen, bereitzustellen bzw. zu betreiben.</p> <p>3a. Ober- oder unterirdische Leitungen aller Art - auch Drainageleitungen – außerhalb von Straßen und Wegen anzulegen oder zu ändern.</p> <p>Dieses Verbot gilt nicht für die Unterhaltung und den Ersatzneubau bestehender und genehmigter Drainagen, sofern keine Erhöhung des Wirkungsgrades der Drainagen erfolgt. Die Durchführung dieser Maßnahmen ist vom Verursacher vor Beginn der unteren Naturschutzbehörde anzuzeigen.</p> <p>4a. Zäune oder andere Einfriedungen anzulegen oder zu ändern.</p> <p>Dieses Verbot gilt nicht für die fachgerechte Errichtung von ortsüblichen Weidezäunen ohne Betonfundamente mit Drähten bis zu einer Höhe</p>	<p>Zu den baulichen Anlagen im Sinne dieser Satzung gehören insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Camping- und Wochenendplätze,</li> <li>• Sport- und Spielplätze,</li> <li>• Hundeübungsplätze,</li> <li>• Lager- und Ausstellungsplätze,</li> <li>• Stellplätze und</li> <li>• Paddocks/ ortsfeste Unterstände.</li> </ul> <p>Zu den Wegen zählen private sowie öffentliche Wege.</p> <p>Auf § 26 Abs. 3 BNatSchG wird verwiesen.</p> <p>s. hierzu auch Unberührtheiten Nr. 1, 3b, 5b, 6, 15, 16a, 18 und 19 sowie die Ausnahmen Nr. 1b, 2b, 3b, 11, 12, 15a und 16.</p> <p>Das Verbot Nr. 24a ist hierbei zu beachten.</p> <p>s. hierzu auch die Unberührtheiten Nr. 1, 5b, 6 und 15 sowie die Ausnahmen Nr. 1b, 3b, 6b, 10, 13 und 15a.</p> <p>Eine Veränderung des Wirkungsgrades ergibt sich u.a. durch ein Verlegen von Drainagen an andere Stellen sowie der Nutzung tiefer liegender bzw. breiterer Rohrsysteme oder Gräben.</p> <p>s. hierzu auch Unberührtheiten Nr. 1, 3b, 11, 12b, 15 und 19 sowie die Ausnahmen Nr. 1b, 2b, 3b, 12 und 15a.</p>

Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
	<p>von max. 1,50 m bzw. abhängig von der Tierhaltung im Rahmen der nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB privilegierten Landwirtschaft sowie die Errichtung der für die Forstwirtschaft erforderlichen Kulturzäune und Weisergatter.</p> <p>Dieses Verbot gilt weiterhin nicht für das Errichten sonstiger Herdenschutzzäune als wolfsabweisende Präventionsmaßnahmen für Weidetiere und Gehegewild.</p>	<p>Hierzu zählen insbesondere Herdenschutzzäune entsprechend der Förderrichtlinie Wolf des Landes NRW oder den Empfehlungen zum Schutz von Weidetieren und Gehegewild vor dem Wolf des BfN.</p>
	<p>5b. Buden, Verkaufsstände, Verkaufswagen, Bauwagen, Warenautomaten sowie Wohnwagen oder Wohnmobile auf- oder abzustellen.</p> <p>Dieses Verbot gilt nicht für mobile temporäre Verkaufsstände, die dem Verkauf saisonaler landwirtschaftlicher, forstwirtschaftlicher oder gartenbaulicher Erzeugnisse dienen, sofern diese Stände landschaftsangepasst sind und sich außerhalb des Kronentraufbereichs von Bäumen, Sträuchern und Gehölzen befinden.</p>	<p>s. hierzu auch Unberührtheit Nr. 1 sowie Ausnahme Nr. 2b. c)</p>
	<p>6b. Werbeanlagen im Sinne des § 10 Abs. 1 BauO NRW 2018 sowie auch mobile Werbeanlagen sowie Schilder zu errichten, abzustellen, anzubringen oder zu ändern.</p> <p>Dieses Verbot gilt nicht für Schilder, die, soweit die untere Naturschutzbehörde sie angeordnet bzw. zugelassen hat, auf die Schutzausweisung hinweisen, gesetzlich vorgeschrieben sind oder der Besucherlenkung bzw. Information über das Schutzgebiet oder ein Denkmal oder der Gefahrenabwehr dienen.</p> <p>Ebenso ausgenommen sind Hinweisschilder auf den Verkauf selbst erzeugter land- und forstwirtschaftlicher und gartenbaulicher Produkte sowie Produkte der Imkerei, soweit sie ein Maß von 2 m<sup>2</sup> nicht überschreiten und diese sich in räumlichen Zusammenhang zur Verkaufsstelle befinden. Diese sind der unteren Naturschutzbehörde anzuzeigen und mit ihr abzustimmen.</p> <p>Dieses Verbot gilt weiterhin nicht für Werbeanlagen an genehmigten Sportplätzen, sofern diese unbeleuchtet und nicht mit Bewegungen oder Geräuschen verbunden sind.</p>	

Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
	Außerdem gilt dieses Verbot weiterhin nicht für vorhandene, inklusive hinterleuchtete Werbeanlagen im Zusammenhang mit Fahrgastunterständen des ÖPNV.	
	7a. Aufschüttungen, Verfüllungen, Lagerungen einschließlich Abfalllagerungen, Abgrabungen, Ausschachtungen, Sprengungen, Bohrungen, die ober- oder unterirdische Gewinnung von Bodenschätzen durchzuführen oder auf andere Weise die charakteristische Bodengestalt oder die Geländeform nachhaltig zu ändern und die Bodenfunktionen (gem. § 2 Abs. 2 Nr. 1 und 2 BBodSchG) nachhaltig zu beeinträchtigen.	<p>Unter Veränderungen der Boden- oder Geländegestalt wird auch die Veränderung oder Beseitigung morphologischer Gegebenheiten wie z. B. Böschungen, Geländesenken, Tümpeln, Bodenwellen oder Vertiefungen, Aufschüttungen und Halden, Täler oder Terrassenkanten, erhebliche Bodenverdichtungen sowie Auffüllungen von Feuchtgebieten verstanden.</p> <p>Landwirtschaftliche Flächen dürfen weiterhin im Rahmen der guten fachlichen Praxis (§ 17 BBodSchG) und der ordnungsgemäßen nach § 201 BauGB privilegierten Landwirtschaft befahren und gepflügt werden.</p> <p>Dies gilt analog auch für die ordnungsgemäße Forstwirtschaft gemäß § 1b LForG NRW.</p> <p>s. hierzu auch Unberührtheiten Nr. 1, 5b, 6, 11, 12b, 14, 15, 16a und 17 sowie die Ausnahmen Nr. 1b, 2b, 3b, 5b, 9b, 10, 11, 12, 13, 14 und 15a.</p>
	8b. Feuer zu entfachen, zu verursachen, zu unterhalten oder Gegenstände, die geeignet sind, Feuer zu verursachen, wegzuerwerfen, Feuerwerkskörper in der freien Natur zu zünden sowie zu grillen.	s. hierzu auch die Unberührtheit Nr. 1 sowie die Ausnahmen Nr. 2b, c) und 15a.
	Das Verbot gilt nicht für das in Einzelfällen notwendige Verbrennen von nicht verwertbarem Gehölzschnitt nach vorheriger Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde.	Einzelfälle sind u.a. Pflanzenkrankheiten (z. B. Feuerbrand) oder Schädlingsbefall und bei schwerst zugänglichen Flächen.
	Dieses Verbot gilt nicht für das Grillen oder private Lagerfeuer in Kleingärtenanlagen, auf landwirtschaftlichen Hofflächen, Sportanlagen sowie in Hausgärten.	
9. -		Zum Verbot 9 (vgl. das Verbot Nr. 9 im Kapitel 2.1.0) gibt es gebietsspezifische Festsetzungen in den Maßnahmenräumen 5.1.2-1 und 5.1.2-5 zu den Landschaftsschutzgebieten 2.2-1 Horbacher Börde und 2.2-3 Vaalser Lösshügelland.

Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
	<p>10b. Außerhalb von Hofstellen, Hausgärten, hausangrenzenden Wiesen oder anderen zuvor mit der unteren Naturschutzbehörde abgestimmten Plätzen zu zelten oder zu campen.</p>	<p>s. hierzu auch Ausnahme Nr. 2b c).</p>
	<p>11b. Flächen außerhalb der dafür zugelassenen bzw. entsprechend gekennzeichneten Straßen, Wege, Park- bzw. Stellplätze oder Hofräume zu befahren oder auf ihnen zu reiten oder Fahrzeuge und Geräte aller Art abzustellen, zu warten, zu reparieren oder zu reinigen.</p>	<p>Hierunter fallen insbesondere gewidmete und zur öffentlichen und privaten Nutzung vorgesehene Straßen und Wege.</p>
	<p>Dieses Verbot gilt auch für unbefestigte Wege in Waldgebieten.</p>	<p>Hierzu zählt insbesondere das Befahren mit Fahrzeugen aller Art einschließlich Fahrrädern – auch E-Bikes und Pedelecs, Mountainbikes, Motocross- oder sonstigen Geländefahrzeugen.</p>
	<p>Dieses Verbot gilt nicht für Bedienstete und Beauftragte der Behörden sowie der</p>	<p>Zu den unbefestigten Wegen zählen auch solche, für die kein Wegebaumaterial wie z.B. Schotter verwendet wurde.</p>
	<p>Versorgungsträger für Energieversorgung, Wasser und Telekommunikation, der Verkehrsinfrastrukturträger und der Unterhaltungsträger in Wahrnehmung ihrer dienstlichen Obliegenheiten und im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen soweit diese sich auf Belange beziehen, die zwingend in dem Landschaftsschutzgebiet zu verorten sind. Daneben gilt dieses Verbot auch nicht für Eigentümer*innen und deren Beauftragte/ Pächter*innen für die ordnungsgemäße Bewirtschaftung und Pflege sowie ordnungsgemäße Bejagung ihrer Flächen. Die Zugangs- und Betretungsrechte für Eigentümer*innen sowie deren Pächter*innen bleiben von dem Verbot ebenfalls unberührt.</p>	<p>Das Fahren abseits der dafür zugelassenen bzw. entsprechend gekennzeichneten Wege im Wald stört die Lebensgemeinschaft Wald i.S.d. § 2 Abs. 3 LFG und i.S.d. § 44 Abs. 1 BNatSchG (bspw. bodenbrütende Vogelarten wie Waldschnepfe u.a. sowie störungssensible Wildtiere wie Wildkatze u.a.) und führt zu einer direkten Beeinträchtigung bzw. Schädigung der Schutzgüter Boden (Bodenfunktionen gem. § 2 Abs. 2 Nr. 1 und 2 BBodSchG) und Vegetation. Dies gilt auch für das Fahren abseits der dafür zugelassenen bzw. entsprechend gekennzeichneten Wege in der freien Landschaft, da hierdurch i.S.d. § 44 Abs. 1 BNatSchG beispielweise bodenbrütende Vogelarten wie Kiebitz, Feldlerche und störungssensible Arten wie Steinkauz u.a. gestört werden.</p>
	<p>Verboten ist auch die Nutzung von unversiegelten Freiflächen, z.B. landwirtschaftliche Wiesen, als Behelfsparkplatz ohne vorherige Zustimmung durch die untere Naturschutzbehörde.</p>	<p>s. hierzu auch Unberührtheiten Nr. 1, 4b, 5b, 6, 11 und 16a sowie Ausnahmen Nr. 2b c), 3b und 8.</p>
	<p>12. Stehende oder fließende Gewässer einschließlich Fischteiche/ Fischzuchtanlagen anzulegen, aufzustauen, umzugestalten, zu beseitigen oder deren Ufer, Böschungen und Sohlstruktur sowie die Wasserzufuhr zu verändern.</p>	<p>Hierbei sind ggf. u.a. auch denkmalpflegerische Belange zu beachten.</p>
	<p>Dieses Verbot gilt nicht für die Anlage von Laichgewässern und die naturnahe Umgestaltung aus Gründen des Biotop- und Artenschutzes mit vorheriger Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde.</p>	<p>s. hierzu auch Unberührtheiten Nr. 1, 7, 12b und 14 sowie die Ausnahmen Nr. 1b, 5b, 6b und 10.</p>

Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
	<p>13b. Moore, Quellen oder Quellsümpfe, Seggenrieder, Hochstaudenfluren, Röhrichte und Feuchtgrünland, artenreiches Grünland, Magergrünland sowie Auen-, Bruch- und Sumpfwälder oder deren feuchtgeprägte Umgebung zu ändern, zu zerstören, zu beeinträchtigen oder in andere Nutzungen zu überführen.</p> <p>Dieses Verbot gilt nicht für die Überführung einer Wiesen- in Weidenutzung bzw. Weide in Wiesennutzung.</p>	<p>Nach § 30 BNatSchG i.V.m. § 42 LNatSchG NRW geschützte Biotope dürfen nicht beeinträchtigt werden. Hier sind insbesondere auch die in Aachen selten gewordenen geschützten Biototypen des Offenlandes zu berücksichtigen.</p> <p>s. hierzu auch Unberührtheiten Nr. 7 und 12b sowie die Ausnahme Nr. 9b.</p>
	<p>14a. Oberflächenwasser einzuleiten, Bewässerungs-, Entwässerungs- oder andere den Wasserhaushalt bzw. Grundwasserspiegel verändernde Maßnahmen vorzunehmen. Dies umfasst auch die Wasserentnahme aus Fließ- und Stillgewässern.</p> <p>Dieses Verbot gilt nicht für die nachweislich mit der unteren Naturschutzbehörde abgestimmten oder genehmigten Viehtränken zum Zeitpunkt der Rechtskrafterlangung dieser Satzung.</p>	<p>Hierbei sind ggf. u.a. auch denkmalpflegerische Belange zu beachten.</p> <p>Oberflächenwasser ist Wasser, das sich offen und ungebunden auf der Erdoberfläche befindet.</p> <p>Die mit der unteren Naturschutzbehörde abgestimmten oder genehmigten Viehtränken beziehen sich nur auf den vorhandenen Bestand und sind nur zulässig, wenn es sich um punktuelle Tränken handelt, die einen geringen Eingriff in die Gewässerstruktur bedingen.</p>
	<p>Dieses Verbot gilt weiterhin nicht für die wasserrechtlich erlaubte Einleitung von Niederschlagswasser und andere rechtskräftige wasserrechtliche Erlaubnisse und Bewilligungen im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde.</p>	<p>s. hierzu auch Unberührtheiten Nr. 1 und 7 sowie die Ausnahmen Nr. 1b, 5b, 6b und 10.</p>
	<p>15. Wasserflächen zu befahren, hier zu baden, zu schwimmen, zu tauchen oder die Eisfläche zu betreten oder zu befahren.</p> <p>Dieses Verbot gilt nicht für die Nutzung einer bestehenden Furt eines land- und forstwirtschaftlichen Weges oder einer bestehenden Viehtrift im Zuge einer ordnungsgemäßen nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB privilegierten Landwirtschaft.</p>	<p>s. hierzu auch Unberührtheiten Nr. 1, 7, 10 und 11 sowie die Ausnahme Nr. 8.</p>
	<p>16. -</p>	
	<p>17. Gewässerunterhaltungsmaßnahmen durchzuführen.</p> <p>Dieses Verbot gilt nicht für die mit der unteren Naturschutzbehörde abgestimmten und in einem</p>	<p>Das Verbot ergibt sich aus Gründen des Arten- und Biotopschutzes. Maßnahmen der Verkehrssicherung fallen unter die Unberührtheit Nr. 10.</p> <p>s. hierzu auch Unberührtheiten Nr. 1 und 12b.</p>

Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
	Gewässerunterhaltungsplan festgelegten Gewässerunterhaltungsmaßnahmen.	
	18a. Gewässer zu düngen oder zu kalken oder sonstige Veränderungen des Wasserchemismus sowie nachhaltige Beeinträchtigungen der Hydrobiologie vorzunehmen.	Hierunter fällt auch das unbeabsichtigte Düngen oder Kalken durch Winddrift oder mangels Abstands zum Gewässer.
	19a. Feste oder flüssige Stoffe oder Gegenstände, insbesondere Abfallstoffe, die das Erscheinungsbild oder den Bestand des geschützten Gebietes gefährden oder beeinträchtigen können, zu lagern.	Dies betrifft insbesondere Lagerung von Boden, Gartenabfällen, Bauschutt, Abfallstoffen. s. hierzu auch Unberührtheit Nr. 15.
	Dieses Verbot gilt nicht für die temporär erforderliche Lagerung von Materialien, Betriebsmitteln und Erzeugnissen im Rahmen der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft sowie im Rahmen einer nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB privilegierten Landwirtschaft.	Eine temporär erforderliche Lagerung umfasst in der Regel nicht mehr als 14 Tage.
	Desgleichen ist es verboten, feste und flüssige Stoffe oder Gegenstände, die das Erscheinungsbild oder den Bestand des geschützten Gebietes gefährden oder beeinträchtigen können, in den Boden oder in Gewässer einzuleiten oder sich ihrer in sonstiger Weise zu entledigen.	Nach § 30 BNatSchG i.V.m. § 42 LNatSchG NRW geschützte Biotope dürfen nicht beeinträchtigt werden.  Bei der Zwischenlagerung und dem Wiederauftrag von Böden ist u.a. die DIN 19639 zu beachten.
	20b. Mieten, Silagen, Mist oder Komposthaufen, die geeignet sind, den Natur-, Boden- oder Wasserhaushalt oder das Landschaftsbild erheblich und nachhaltig zu beeinträchtigen - anzulegen, zu erweitern oder bereitzustellen.	Eine Anlage oder Erweiterung im Hofbereich wird im Regelfall nicht als erhebliche und nachhaltige Beeinträchtigung des Landschaftsbildes verstanden.  s. hierzu auch Ausnahme Nr. 1b.
	Dieses Verbot gilt nicht für die temporär erforderliche Lagerung von Heu-, Silage- und Strohballen.	Eine temporär erforderliche Lagerung umfasst in der Regel nicht mehr als 14 Tage.
	21b. Luftsport in der Zeit vom 01. März bis zum 30. September sowie im restlichen Zeitraum nach Einbruch der Dämmerung mit unbemannten Fluggeräten wie Drohnen, Quadro- oder Multikopter u.Ä. zu betreiben oder Einrichtungen für den Luftsport bereitzuhalten oder anzulegen.	Diese Regelung ergibt sich aus der hohen Störwirkung insbesondere für die Avifauna.
	Weiterhin ist verboten, in weniger als 100 m Abstand zu einem Naturschutzgebiet mit Luftfahrzeugen aller Art zu starten oder zu landen. Zu den Luftfahrzeugen gehören auch	



Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
	<p>Heißluftballons, Flugmodelle, und Luftsportgeräte wie Gleitschirme.</p> <p>Dieses Verbot gilt nicht für den erforderlichen und zweckmäßigen Einsatz von Drohnen im Rahmen der ordnungsgemäßen Land- und Forstwirtschaft und der Jagd sowie für den erforderlichen Einsatz der Versorgungsträger für Energieversorgung, Wasser und Telekommunikation, der Verkehrsinfrastrukturträger und der Unterhaltungsträger in Wahrnehmung ihrer dienstlichen Obliegenheiten und im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen sowie bei Einsätzen von Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz.</p> <p>Weiterhin gilt dieses Verbot nicht für den Einsatz von Drohnen nach vorheriger Zustimmung durch die untere Naturschutzbehörde.</p>	<p>Dazu zählt z.B. der Einsatz von Drohnen im Rahmen von Maßnahmen des Naturschutzes oder von wissenschaftlichen Vorhaben.</p>
	<p>22b. Motor- und Motorsportgeräte abseits von Wegen zu betreiben, Felsbereiche zu betreten sowie zu beklettern, Klettersport auszuüben, Wasser- und Schießsport außerhalb genehmigter Bereiche zu betreiben oder andere dem Schutzzweck zuwiderlaufende Freizeitaktivitäten auszuüben.</p>	<p>Zum Wassersport zählt auch der Betrieb motorbetriebener Wasserfahrzeuge aller Art einschließlich Wasserspielgeräte.</p> <p>s. hierzu auch Unberührtheiten Nr. 1, 8 und 16a sowie die Ausnahmen Nr. 2b c) und 8.</p>
	<p>23b. Veranstaltungen jeder Art durchzuführen und Aufbauten zu deren Zweck zu errichten. Dieses Verbot gilt nicht für dem Gebiet dienende und von der unteren Naturschutzbehörde zugelassene und zuvor abgestimmte Informations- und Umweltbildungsveranstaltungen; soweit Wald betroffen ist, ist zusätzlich das Einvernehmen der unteren Forstbehörde gemäß § 2 Abs. 4 Landesforstgesetz erforderlich.</p>	<p>Hierdurch sollen Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes vermieden und Schäden verhindert werden Aufgrund des hohen Freizeitdrucks in den Waldgebieten soll über das Verbot auch die Erholungsfunktion gesteuert werden. Daher ist im Wald neben der unteren Forstbehörde auch das Einvernehmen der unteren Naturschutzbehörde notwendig.</p> <p>s. hierzu auch Unberührtheiten Nr. 8, 15 und 17 sowie die Ausnahme Nr. 2b c).</p>
	<p>24a. Einzelbäume, Baumreihen, Baumgruppen, Hecken, Feld- oder Ufergehölze, Gehölzstreifen, Sträucher, Gebüsche oder Obstbäume gänzlich oder teilweise zu beseitigen, zu beschädigen, auszureißen, auszugraben, abzutrennen oder in sonstiger Weise in ihrem Bestand zu gefährden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen. Als Beschädigung gelten auch das Verletzen des Wurzelwerkes und jede andere Maßnahme, die</p>	<p>Die untergesetzlichen Bestimmungen ergeben sich u.a. aus dem Nachbarschaftsrecht, DIN-Normen und den Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen (ZTV)-Baumpflege.</p> <p>§ 39 Abs. 1, 3 und 4 sowie § 44 Abs. 1 und 2 BNatSchG sind zu beachten.</p> <p>Darunter fallen auch Bäume mit Horsten oder Bruthöhlen.</p>



Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
	geeignet ist, den Bestand oder das Wachstum nachteilig zu beeinflussen.	s. hierzu auch Unberührtheiten Nr. 2b, 5b, 6, 7, 10, 11, 12b, 13, 14, 15, 16a und 17 sowie die Ausnahme Nr. 4.
25. -		
26.	Wald- oder Forstflächen, Gehölzbestände, Ufer-, Quell- und Sumpfbereiche oder Gewässerränder zu beweiden.	s. hierzu auch Unberührtheiten Nr. 1 und 12b.
27b.	Dauergrünland, Magerrasen- oder Brachflächen umzubrechen oder in eine andere Nutzung umzuwandeln sowie die Grasnarbe durch übermäßige Weidenutzung erheblich oder nachhaltig zu beeinträchtigen.  Dieses Verbot gilt nicht für die Überführung einer Wiesen- in Weidenutzung bzw. Weide- in Wiesennutzung.  Auf Antrag kann die untere Naturschutzbehörde gemäß § 4 LNatSchG NRW eine Ausnahme vom Dauergrünlandumbruchverbot erteilen, sofern der besondere Schutzzweck und der Charakter des jeweiligen Schutzgebietes berücksichtigt wird.	Hierzu gehören insbesondere auch Magerrasen, Nass- und Feuchtgrünland, artenreiche Glatthaferwiesen sowie deren Brachestadien.  Als erhebliche und nachhaltige Beeinträchtigung der Grasnarbe wird nicht eine kleinflächige Beanspruchung z.B. an Viehtriften, Tränken etc. verstanden.  Dauergrünland ist in § 4 Abs. 1 S. 2 LNatSchG NRW, Brachflächen sind in § 11 Abs. 2 LNatSchG NRW definiert. s. hierzu auch Unberührtheiten Nr. 1, 12b und 15.  Die Ausnahmeregelung des § 4 LNatSchG NRW ist anzuwenden.
28. -		
29b.	Obstplantagen, Kurzumtriebsplantagen, Weihnachtsbaum-, Schmuckreisig- oder Baumschulkulturen anzulegen oder zu erweitern.	s. hierzu auch Unberührtheit Nr. 12b sowie die Ausnahme Nr. 6b.
30. -		
31b.	Bäume und Sträucher oder entwicklungsfähige Pflanzenteile oder Tiere oder deren Entwicklungsformen außerhalb von Waldflächen, Kurzumtriebsplantagen und gärtnerisch genutzten Grundflächen einzubringen, auszusetzen oder anzusiedeln. Darunter fällt auch das Einbringen von Saatgut außerhalb der ordnungsgemäßen Land- und Forstwirtschaft.  Dieses Verbot gilt nicht für das Ausbringen von Tieren und Pflanzen mit Genehmigung der zuständigen Behörden nach § 40 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG.	§ 40 BNatSchG ist zu beachten.  s. hierzu auch Unberührtheiten Nr. 2b, 4b, 12b, 14, 15, 16a und 17 sowie die Ausnahmen Nr. 14 und 15a.
32. -		

Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
	33a. Jagdkanzeln und Drückjagdstände in nach § 30 BNatSchG/ § 42 LNatSchG NRW gesetzlich geschützten Biotopen sowie Feucht- und Moorbereichen zu errichten.	
	34a. Einrichtungen für Erholungszwecke oder die Freizeit- oder Sportnutzung z. B. für den Schieß-, Modell-, Rad-, Klettersport oder für Hundeübungen zu errichten, zu ändern, bereitzustellen oder neue Wege auszuweisen oder umzuwidmen.	s. hierzu auch Unberührtheiten Nr. 1, 8 und 16a sowie die Ausnahmen Nr. 14 und 15a. § 65 LNatSchG NRW ist zu beachten.
	Dieses Verbot gilt nicht für die Errichtung von Schutzhütten, Bänken, Tafeln und Knotenpunktmarkierungen nach Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde.	
	35. An Acker-, Brach- und Wiesenflächen angrenzende Säume, Randstreifen, Bankette und Wegeraine von Straßen, Wegen und Gräben und Wege sowie Uferbereiche ackerbaulich bzw. landwirtschaftlich zu nutzen, zu schädigen oder zu beseitigen.	Hierzu zählt insbesondere der Einsatz von chemischen Mitteln und das Abbrennen der Flächen.  Eine Überfahrt und das Wenden von Maschinen und Gerätschaften sind auf den Saumflächen erlaubt.  s. hierzu auch Unberührtheiten Nr. 5b, 6, 7 und 13 sowie die Ausnahmen Nr. 2b d) und 3b.
	Dieses Verbot gilt nicht für die Mahd zur Entwicklung blütenreicher Säume und Wegeränder, sofern das Mahdgut im Anschluss abtransportiert wird.	Siehe hierzu auch die Pflegehinweise des LANUV.
	36. Holzurückearbeiten mit Motorfahrzeugen außerhalb von Wegen und Rückegassen/ Rückelinien vorzunehmen.	
	37b. Lichtquellen aller Art aufzustellen, anzubringen oder in Betrieb zu nehmen.	Dieses Verbot soll die negativen Auswirkungen von Lichtquellen insbesondere auf die Fauna verringern (Anlockeffekt für Insekten, Störung des Tag- und Nachtrhythmus etc.). § 23 Abs. 3 LNatSchG NRW ist zu beachten.
	Dieses Verbot gilt nicht für die vorhandene Beleuchtung an bestehenden Haltestellen/ Fahrgastunterständen.	
	Dieses Verbot gilt nicht für bestandsgeschützte und genehmigte Vorhaben sowie insektenfreundliche Beleuchtungen an Gebäuden soweit keine Beeinträchtigung von naturschutzfachlich wertvollen Gebieten entsteht.	s. hierzu auch die Ausnahmen Nr. 1b, 3b, 15a und 16.  In Bezug auf insektenfreundliche Beleuchtung ist der aktuelle und anerkannte Stand der Wissenschaft und Technik zu beachten.
	Dieses Verbot gilt nicht für mit der unteren Naturschutzbehörde abgestimmte Beleuchtungsanlagen an genehmigten	

Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
	Sportplätzen, sofern diese Anlagen insektenfreundlich sind und/ oder diese nicht über die Sportfläche hinaus eine erhebliche Wirkung in der freien Landschaft entwickeln/ entfalten.	
	38. -	
	39b. Bremsenfallen oder andere zum Schutz von Weidetieren vorgesehenen Insektenfallen zwischen dem 15.09. und dem 01.06. aufzustellen.	Dieses Verbot wird festgesetzt, da die Bremsenfallen einen erheblichen Beifang anderer Insekten, auch besonders geschützter Arten, beinhalten und somit regelmäßig das Fang- und Tötungsverbot gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG zum Tragen kommt. Vgl. hierzu auch den Runderlass des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW vom 11.09.2020.
	40. Bodenschutzkalkungen innerhalb von Sumpf-, Moor- und Quellbereichen, nährstoffarmen Bereichen und gemäß § 30 BNatSchG i.V.m. § 42 LNatSchG NRW geschützten Biotopen vorzunehmen.	s. hierzu auch Unberührtheit Nr. 12b.
	Dieses Verbot gilt nicht für Bodenschutzkalkungen im Rahmen der ordnungsgemäßen forstwirtschaftlichen Nutzung im Einvernehmen mit dem Landesbetrieb Wald und Holz NRW und der unteren Naturschutzbehörde.	
	41. Landwirtschaftliche Einrichtungen wie Folientunnel und Folie, Hagelschutznetze oder Beregnungsanlagen im Gartenbau und in der Landwirtschaft bereitzustellen oder zu errichten.	s. hierzu auch Unberührtheit Nr. 1 sowie Ausnahmen Nr. 1b, 5b und 6b.
	<b>Regelungen zu Unberührtheiten</b> Unberührt von diesen Verboten bleiben:	
	1. Die bei Inkrafttreten des Landschaftsplans auch naturschutzrechtlich rechtmäßig und ordnungsgemäß ausgeübten Nutzungen aufgrund rechtskräftiger Genehmigungen oder aufgrund baurechtlichen Bestandschutzes in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang.	Nutzungen bzw. Anlagen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Landschaftsplans nicht zulässig waren, genießen keinen Bestandsschutz.
	Dies gilt auch, wenn die zuständige Behörde eine Verlängerung erteilt.	
	2b. Die im Sinne des § 5 BNatSchG ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bodennutzung in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang gemäß den Grundsätzen der guten fachlichen	Die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bodennutzung wird daneben auch im § 17 BBodSchG sowie im § 3 PflSchG dargestellt.

Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
	Praxis; Weiterhin Bestand haben die Verbote 1a, 3a, 4, 7a, 11b, 13b, 14a, 18a, 19a, 20b, 24b, 26, 27a, 29b, 35, 39b, 40 und 41.	<p>Zum Verbot Nr. 7a: Ein zielgerichtetes Verdichten des Bodens ist auszuschließen.</p> <p>Eine Nutzung durch die Land- und Forstwirtschaft hat in bodenschonender Art u. Weise und standortangepasst (z. B. Maschineneinsatz, Lagern, Beachtung der Witterungseinflüsse) zu erfolgen.</p>
	Unberührt bleibt ebenfalls die im Sinne des § 5 BNatSchG ordnungsgemäße forstwirtschaftliche Nutzung in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang; Weiterhin Bestand haben die Verbote 1a, 3a, 4a, 7a, 11b, 13b, 14a, 17, 18a, 19a, 26, 29b, 31b, 33a, 36 und 40.	Die ordnungsgemäße forstwirtschaftliche Nutzung wird daneben auch unter § 1b LFOG dargestellt.
	Unberührt bleibt auch nach Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde:	Hierbei ist die Eingriffsregelung zu beachten.
	Der Bau von Forstwirtschaftswegen, Maschinenwegen und Feinerschließungswegen außerhalb von nach § 30 BNatSchG/ § 42 LNatSchG NRW geschützten Biotopen für deren Anlage weder Asphalt noch Beton verwendet werden, noch erhebliche Veränderungen der Bodengestalt erforderlich sind sowie die forstliche Meliorationsdüngung zur Aktivierung der durch Immission beeinträchtigten Streuzersetzung in Waldbeständen.	
	3b. Das temporäre Aufstellen von mobilen Einrichtungen zur Versorgung des Weideviehs sowie landschaftsangepassten Gatteranlagen für den Viehfang im Rahmen der ordnungsgemäßen Landwirtschaft außerhalb des Kronentraufbereichs von Bäumen und außerhalb von vegetationskundlich wertvollen Flächen, insbesondere gesetzlich geschützten Biotopen nach § 30 BNatSchG i.V.m. § 42 LNatSchG NRW sowie außerhalb von Gewässern und deren Uferbereichen. Dies gilt ebenso für das Aufstellen von mobilen Hühnerställen im Rahmen der ordnungsgemäßen nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB privilegierten Landwirtschaft.	
	4b. Die rechtmäßige und ordnungsgemäße Ausübung der Jagd im Sinne des § 1 Bundesjagdgesetz in der jeweils geltenden Fassung sowie Maßnahmen des Jagdschutzes gemäß § 23	Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben des Bundes und der Länder.

Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
	<p>Bundesjagdgesetz i.V.m. § 25 Landesjagdgesetz, weiterhin Bestand hat das Verbot Nr. 33a. Weiterhin unberührt bleiben die rechtmäßige und ordnungsgemäße Ausübung der Fischerei im Sinne des § 5 Abs. 4 BNatSchG.</p>	
	<p>Ebenfalls unberührt bleibt die ordnungsgemäße Ausübung der Imkerei einschließlich der vorübergehenden Einstellung von Bienenkästen, sofern sie nicht mit der Errichtung von baulichen Anlagen verbunden ist.</p>	<p>Auch Bienenkästen können bauliche Anlagen im Sinne von § 2 Abs. 1 BauO NRW darstellen (vgl. OVG Lüneburg, Beschluss vom 10.06.2005, Az. 1 LA 166/04 für ein Holzgestell, in dem sechs Bienenstöcke untergebracht werden können).</p>
	<p>5b. Unterhaltungs-, Erhaltungs-, Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten sowie Pflegemaßnahmen an Verkehrsflächen im Sinne des § 1 Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) sowie im Sinne des § 2 des Straßen - und Wegegesetzes NRW (StrWG NRW) sowie an rechtmäßig genehmigten Anlagen wie Brücken, Leitungen, Straßen, Geh-, Wander-, Reit- und Radwegen, Versorgungsanlagen bzw. an Versorgungsleitungen einschließlich der entsprechenden Schutzstreifen durch den jeweils zuständigen Unterhaltungsträger oder Befugten gemäß der Verpflichtungen aus den Zulassungsverfahren oder im Sinne der unmittelbaren Gefahrenabwehr sowie das Freischneiden des Lichtraumprofils an Verkehrsanlagen im Rahmen der gesetzlichen und untergesetzlichen Bestimmungen. Dies gilt bei Betroffenheit von geschützten Alleen oder gesetzlich geschützten Biotopen nur nach Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde. Die Sorgfaltspflichten nach §§ 13 bis 19 BNatSchG, § 33 BNatSchG i.V. mit §§ 44 BNatSchG und 52-53 LNatSchG NRW sowie 30 BNatSchG i.V. mit § 42 Abs. 1, Nr. 3 LNatSchG NRW finden entsprechend Anwendung. Die Durchführung der Maßnahmen ist der unteren Naturschutzbehörde vor Beginn anzuzeigen.</p>	<p>Die Unterhaltung, Instandhaltung und Instandsetzung umfasst auch das Freischneiden und Aufgrabungen für Reparaturen entlang von Leitungstrassen.</p> <p>Eingriffe im Sinne des § 14 BNatSchG i.V.m. § 30 LNatSchG NRW sind zu kompensieren.</p> <p>§ 40 BNatSchG ist zu beachten.</p> <p>Soweit erforderliche Zufahrten oder Baustellenlager außerhalb von Versorgungstrassen oder Schutzstreifen liegen, gelten die üblichen Verbotstatbestände. Bei der Durchführung der notwendigen Unterhaltungs- und Wartungsarbeiten bedürfen die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes und des Artenschutzes der besonderen Beachtung.</p> <p>Die untergesetzlichen Bestimmungen ergeben sich u.a. aus den DIN-Normen und den Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen (ZTV)-Baumpflege.</p>
	<p>6. Die für die Betriebssicherheit der Bahn erforderlichen Unterhaltungs-, Erhaltungs-, Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten sowie Pflegemaßnahmen am Bahnkörper vorhandener gewidmeter Schienenwege nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG), an den Anlagen und Versorgungsleitungen einschließlich der entsprechenden Schutzstreifen der Deutschen</p>	<p>Die untergesetzlichen Bestimmungen ergeben sich u.a. aus DIN-Normen und den Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen (ZTV)-Baumpflege.</p> <p>Eingriffe im Sinne des § 14 BNatSchG i.V.m. § 30 LNatSchG NRW sind zu kompensieren.</p>

Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
	<p>Bahn AG, der EVS sowie anderer Eisenbahninfrastrukturunternehmen sowie im Rahmen der gesetzlichen und untergesetzlichen Bestimmungen.</p>	
	<p>7. Die mit der unteren Naturschutzbehörde im Einvernehmen festgelegten Gewässerrenaturierungen bzw. naturnahen Gewässerausbauten sowie die Umgestaltung oder Beseitigung stehender oder fließender Gewässer, sofern keine erhebliche Beeinträchtigung von naturschutzfachlich wertvollen Gebieten entsteht und deren Zulassung unter Berücksichtigung des besonderen Schutzzweckes und des Charakters des Gebietes erfolgt. Hierzu zählt auch die Wiederherstellung der natürlichen Standortverhältnisse (Wiedervernässung) bzw. Wiederherstellung der Grundwasser- und/oder Überflutungsverhältnisse.</p>	<p>Hierbei sind ggf. u.a. auch denkmalpflegerische Belange zu beachten.</p> <p>Zu den naturschutzfachlichen wertvollen Gebieten zählen wertvolle Vegetationsstrukturen oder Biotopie wie insbesondere Nass- und Feuchtbiotopie, Magergrünland, landschaftsprägende Bäume oder Gehölze.</p>
	<p>8. Die bisher bereits zulässigerweise durchgeführten und behördlich genehmigten Veranstaltungen auf dafür zugelassenen bzw. entsprechend gekennzeichneten Wegen und Flächen im bisherigen Umfang sowie nicht gewerblich durchgeführte Lauftreffen auf dafür zugelassenen bzw. entsprechend gekennzeichneten Wegen.</p>	
	<p>9. -</p>	
	<p>10. Unaufschiebbare Maßnahmen zur Abwehr einer unmittelbar drohenden gegenwärtigen Gefahr; die Maßnahmen sind der unteren Naturschutzbehörde nachträglich unverzüglich anzuzeigen.</p>	<p>Hierzu zählen insbesondere Maßnahmen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht, die ein unverzügliches Handeln erfordern.</p> <p>§ 23 LNatSchG NRW ist zu beachten.</p>
	<p>Weitere Maßnahmen aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht und erforderlichen Gefahrenabwehr; sie sind der unteren Naturschutzbehörde vor ihrer Durchführung anzuzeigen.</p>	<p>Unter Maßnahmen aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht wird auch die Entfernung giftiger Pflanzen je nach Gefährdung z. B. auf Spiel- und Sportplätzen oder die Sicherung von Wanderwegen durch Waldgebiete verstanden.</p>
	<p>11. Die von der unteren Naturschutzbehörde zugelassenen bzw. von ihr angeordneten sowie von ihr durchgeführten Monitoring-, Untersuchungs-, Kontroll-, Forschungs- und Sicherungsmaßnahmen einschließlich hierfür notwendiger</p>	<p>Die Sicherungsmaßnahmen umfassen z. B. u.a. Absturzsicherungen bei Steinbrüchen oder Sicherungen (Zäune etc.) gegen Ertrinkungsgefahr an Gewässern.</p>

Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
	<p>Baustelleneinrichtungen sowie archäologische Ausgrabungen.</p> <p>12b. Die von der unteren Naturschutzbehörde angeordneten, zugelassenen sowie von ihr durchgeführten Pflanz-, Entwicklungs- und Pflegemaßnahmen. Unberührt bleiben weiterhin die von ihr genehmigten bzw. mit ihr abgestimmten Pflege- und Entwicklungspläne, Landschaftspflegerische Begleitpläne, Kompensationsmaßnahmen, mit ihr abgestimmte Maßnahmen(-konzepte) sowie andere kommunale Konzepte bzw. Einzelmaßnahmen dieser (wie z. B. das Artenschutzkonzept, das Freiraumkonzept, das Friedhofsentwicklungskonzept oder Denkmalschutzkonzepte) in den jeweils aktuellen Fassungen.</p> <p>13. Maßnahmen gegen invasive Neobiota nach Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde.</p> <p>14. Unberührt bleiben die im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde erstellten Parkpflegewerke bzw. mit der unteren Naturschutzbehörde abgestimmte Pflanz- und Entwicklungsmaßnahmen für private und öffentliche Parks sowie das Freischneiden bzw. die Offenhaltung von Sichtachsen und Blickbeziehungen etc. nach Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde. Die Unberührtheit gilt auch, wenn die zuständige Behörde eine Verlängerung für genehmigte Maßnahmen erteilt.</p> <p>Unberührt bleibt auch das Einbringen nicht-heimischer Pflanzen oder die Anlage von Teichen nach Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde.</p>	<p>Neobiota sind Tier- oder Pflanzenarten, die von Natur aus nicht in Deutschland vorkommen, sondern erst durch den Einfluss des Menschen zu uns gekommen sind. Im Naturschutz werden die gebietsfremden Arten als invasiv bezeichnet, die unerwünschte Auswirkungen auf andere Arten, Lebensgemeinschaften oder Biotope haben. So treten invasive Arten z.B. mit einheimischen Arten in Konkurrenz um Lebensraum und Ressourcen und verdrängen diese.</p> <p>Unter Parkanlagen werden öffentliche wie private Anlagen gefasst, die mit einer entsprechenden Zweckbestimmung versehen sind oder bei fehlender Bestimmung dem Charakter nach als Parkanlage einzustufen sind.</p> <p>Wiederkehrende, einmal mit der unteren Naturschutzbehörde abgestimmte Maßnahmen sind ebenso von der Unberührtheit erfasst und müssen nicht wiederkehrend neu genehmigt werden. Hierzu zählen insbesondere Maßnahmen, die dem Erhalt und der Entwicklung des kulturhistorischen und landschaftsökologischen Werts sowie der jeweiligen funktionalen Zweckbestimmung der Anlage dienen.</p> <p>§ 40 BNatSchG ist zu beachten.</p> <p>Für Pflegemaßnahmen s. auch Unberührtheit Nr. 16a.</p>



Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
	<p>15. Unberührt bleiben die ordnungsgemäße Pflege sowie der rechtmäßige und ordnungsgemäße Betrieb von Friedhöfen, wenn keine oder keine erhebliche Beeinträchtigung oder Beseitigung landschaftsprägender Gehölze oder wertvoller Vegetationsbestände/Biotope erfolgt.</p> <p>Die Unberührtheit betrifft auch die von der Friedhofsverwaltung genehmigten Veranstaltungen auf dem entsprechenden Friedhof.</p> <p>Ebenfalls unberührt bleiben rechtskräftige Satzungen für Friedhöfe.</p>	<p>Unter den ordnungsgemäßen Betrieb von Friedhöfen fallen beispielsweise das Beseitigen gefährdender Bäume und Gehölze im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht, eine friedhofstypische Gestaltung der Grünanlagen - hierzu zählt insbesondere das Einbringen von Ziergehölzen - mit der dazugehörigen ordnungsgemäßen Pflege, die Errichtung von Zäunen bzw. Einfassungen oder auch die ordnungsgemäße Unterhaltung und Neuanlage von Wegen sowie das Aufstellen von Sitzbänken oder ähnlicher kleinflächiger Möblierung.</p> <p>§ 40 BNatSchG ist zu beachten.</p> <p>Die Unberührtheit umfasst auch die für den rechtmäßigen und ordnungsgemäßen Betrieb von Friedhöfen (dies umfasst auch die Rückumwandlung brachgefallener Flächen zur Friedhofnutzung) notwendige Errichtung von zweckbestimmten baulichen Anlagen und sonstige Anlagen insbesondere Beleuchtung, Beschilderungen, Versorgungsleitungen und Drainagen. Weitergehende strukturelle Veränderungen wie z. B. das Errichten anderer baulicher Anlagen, Änderungen der Zweckbestimmung bzw. eine Umwidmung oder größere Umgestaltungen bedürfen einer Ausnahme durch die untere Naturschutzbehörde.</p> <p>s. hierzu auch Ausnahme Nr. 15a.</p>
	<p>16a. Unberührt bleiben die ordnungsgemäße Pflege und Unterhaltung sowie der rechtmäßige und ordnungsgemäße Betrieb von Dauerkleingärten, Spiel- und Sportstätten, von Freizeit- und Erholungsflächen, Parkanlagen, Bade- und Freibadplätzen sowie Camping- und Zeltplätzen, wenn keine oder keine erhebliche Beeinträchtigung oder Beseitigung landschaftsprägender Gehölze oder wertvoller Vegetationsbestände oder Biotope sowie keine Errichtung von Gebäuden erfolgt. Ebenfalls unberührt bleiben rechtskräftige Satzungen für Dauerkleingärten und die Überlassungs- und Benutzungsordnung für die Sportstätten der Stadt Aachen.</p> <p>Unberührt bleibt weiterhin eine Erneuerung bestehender genehmigter Sportanlagen und ihrer Aufbauten in der bisherigen Art und im bisherigen</p>	<p>Hierunter fällt beispielsweise das Beseitigen gefährdender Bäume und Gehölze im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht, die ordnungsgemäße Unterhaltung der Wege, das Aufstellen von Schildern, die der Information über Parkanlagen oder der Gefahrenabwehr dienen, die Umgestaltung, Pflege und Unterhaltung von Pflanzbeeten sowie das Aufstellen von Sitzbänken oder ähnlicher kleinflächiger Möblierung.</p> <p>§ 40 BNatSchG ist zu beachten.</p> <p>Weitergehende strukturelle Veränderungen der in der linken Spalte aufgezählten Nutzungen wie z. B. das Errichten baulicher Anlagen (hierunter fallen auch Zäune/ Einfassungen) oder größere Umgestaltungen bedürfen einer Ausnahme durch die untere Naturschutzbehörde,</p>

Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
	Umfang sowie die Aufstellung eines Containers pro Sportanlage als Materiallager o.Ä. bis zu einem Volumen von 75 m³.	s. hierzu auch Ausnahme Nr. 15a.  Zu dem ordnungsgemäßen Betrieb gehört auch die Entfernung von Giftpflanzen bei Spiel- und Sportstätten sowie Freizeit- und Erholungsflächen je nach Gefährdung (z. B. bei Kleinkindern auf Spielplätzen).
	17. Unberührt bleiben Maßnahmen im Rahmen der ordnungsgemäßen und ortsüblichen Nutzung von bestehenden Hausgärten in bisheriger Art und bisherigem Umfang. Diese Unberührtheit gilt nicht für das Errichten und die Änderung von Nebenanlagen bzw. baulichen Anlagen (Geräteschuppen und Gartenhäuser o.ä.). Diese Unberührtheit gilt weiterhin nicht für die Fällung und Rodung von Bäumen sowie von Hecken.	s. hierzu auch Ausnahme Nr. 4.
	18. Bauliche Änderungen, Nutzungsänderungen und Sanierungen innerhalb bestandgeschützter Gebäude sowie bauliche Änderungen von Fassaden und Dächern inklusive Dachgauben bleiben von den Verboten unberührt, sofern damit keine Neuversiegelung einhergeht.	Hierbei sind die § 39 Abs. 1 sowie § 44 Abs. 1 und 2 BNatSchG zu beachten (Artenschutz).
	19. Das Errichten von Schranken an Forstwirtschaftswegen, sofern damit keine unrechtmäßige Einschränkung der Befugnisse nach §§ 57 und 58 LNatSchG NRW verbunden ist.	
		<b>Regelungen für Ausnahmen und Hinweise zur Befreiung</b>  Von den Geboten und Verboten kann die untere Naturschutzbehörde nach § 23 Abs. 1 LNatSchG NRW auf Antrag eine Ausnahme erteilen. Ebenso kann die untere Naturschutzbehörde nach § 67 BNatSchG i.V.m § 75 LNatSchG NRW auf Antrag eine Befreiung erteilen. Eine Befreiung kann erteilt werden, wenn nach § 67 in Verbindung mit § 75 LNatSchG NRW <ul style="list-style-type: none"> <li>a) dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder</li> <li>b) die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von</li> </ul>

Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
		Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.
	<b>Ausnahmetatbestände</b>	
	<p>1b. Die untere Naturschutzbehörde hat auf Antrag eine Ausnahme für das Errichten oder Ändern – inklusive einer Nutzungsänderung -von baulichen Anlagen im Sinne von § 35 Abs. 1 Ziffern 1, 2, 3 und 8 BauGB sowie im Sinne der BauO NRW 2018, auch wenn diese keiner Baugenehmigung bedürfen, mit den dazugehörigen, zwingend erforderlichen Infrastrukturelementen sowie der dazugehörigen notwendigen Baustelleneinrichtung zu erteilen, sofern keine erhebliche und nachhaltige Beeinträchtigung oder Zerstörung von naturschutzfachlich wertvollen Gebieten entsteht und deren Zulassung unter Berücksichtigung des besonderen Schutzzweckes und des Charakters des Gebietes erfolgt sowie die Vorhaben landschaftlich angepasst werden.</p>	<p>Unter die Vorhaben nach § 35 Abs. 1 Ziffer 1, 2 und 3 BauGB fällt auch die Verlegung von Leitungen und Drainagen. Sofern möglich, sind hier gesteuerte Drainagesysteme zu verwenden.</p> <p>Bezüglich Windenergie wird auf § 26 Abs. 3 BNatSchG verwiesen.</p> <p>Für die Erteilung der Ausnahme sind u.a. insbesondere Biotopentwicklungspotentiale und die Lage im Biotopverbund zu beachten. Zu den naturschutzfachlichen wertvollen Gebieten zählen insbesondere wertvolle Vegetationsstrukturen oder Biotope wie insbesondere Nass- und Feuchtbiotope, Magergrünland, landschaftsprägende Bäume oder Gehölze.</p>
	<p>Die hier getroffene Festsetzung im Sinne des § 35 Abs. 1 Ziffer 3 BauGB umfasst sämtliche Flächen für die Wasserwirtschaft.</p>	<p>Hierunter fallen insbesondere Regenrückhaltebecken, Hochwasserrückhaltebecken und Regenklärbecken.</p>
	<p>2b. Die untere Naturschutzbehörde kann auf Antrag von den unter 2.2-0 festgesetzten Verboten eine Ausnahme erteilen, sofern deren Zulassung unter Berücksichtigung des besonderen Schutzzweckes und des Charakters des Gebietes erfolgt, die Vorhaben landschaftlich angepasst werden und dabei keine wertvollen Vegetationsstrukturen oder Biotope wie insbesondere Nass- und Feuchtbiotope, Magergrünland, landschaftsprägende Bäume oder Gehölze erheblich beeinträchtigt oder beseitigt werden. Dies gilt insbesondere:</p>	
	<p>a) für ein Vorhaben nach § 35 Abs. 2 BauGB, wenn seine Verwirklichung zur Schließung einer Lücke zwischen vorhandenen Gebäuden führt oder für pädagogische Umweltbildungseinrichtungen oder im Einzelfall für den Wiederaufbau eines zuvor zulässigerweise errichteten Wohngebäudes, sofern das bisherige Maß und der bisherige Umfang nicht überschritten werden,</p>	<p>Ob eine Baulücke besteht, obliegt der baurechtlichen/ planungsrechtlichen Entscheidung.</p> <p>Unter den pädagogischen Einrichtungen werden insbesondere Waldkindergärten/-tagesstätten verstanden.</p> <p>Unter dem Wiederaufbau wird hier die Neuerrichtung eines Gebäudes verstanden, das</p>

Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
		unter Erhalt der vorhandenen Substanz nicht mehr saniert werden kann.
	<p>b) für ein Vorhaben nach § 35 Abs. 2 BauGB, wenn es sich dabei im Vergleich zum vorhandenen baulichen Bestand um eine geringfügige und angemessene Änderung oder Erweiterung eines zulässigerweise errichteten baulichen Bestands handelt,</p>	Von einer geringfügigen und angemessenen Änderung oder Erweiterung kann im Regelfall ausgegangen werden, wenn diese eine Flächengröße von max. 30 m² oder 10 % der Grundfläche des baulichen Bestands nicht überschreitet. Die Grundfläche ist der Anteil des Baugrundstücks, der zum Zeitpunkt der Rechtskrafterlangung der Satzung von legalen baulichen Anlagen überdeckt wird.
	<p>c) für Veranstaltungen auf landwirtschaftlichen Hofflächen sowie sonstige Veranstaltungen in den Bereichen Brauchtum, Soziales, (Umwelt-)Bildung, Kultur und Sport,</p>	Hierunter fallen insbesondere das Martinsfeuer oder auch die Pfadfinderfeuer bei den traditionellen Pfingstlagern sowie das Drachenfest in Orsbach.
	<p>d) für die geringfügige Erweiterung, die Änderung oder die Neuanlage von Privatwegen, sofern sich ein zwingendes grundstücksbezogenes Erfordernis ergibt oder eine unbeabsichtigte soziale Härte entsteht,</p>	Dies gilt z.B. für die Ertüchtigung von Wegen, um die regelgerechte Befahrbarkeit von Fahrzeugen des Rettungsdienstes sicherzustellen
	<p>e) für Vorhaben nach § 35 Abs. 1 Ziffer 9 BauGB, sofern es sich um ein Agri-Photovoltaikanlagensystem handelt und die landwirtschaftliche Nutzung weiterhin den Schwerpunkt bildet.</p>	
	<p>3b. Die untere Naturschutzbehörde kann auf Antrag eine Ausnahme für:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• die Neuanlage, Umwidmung oder Verbreiterung bestehender Verkehrswege (Straße und Schiene) inkl. Lärmschutzwände sowie die Reaktivierung und Ertüchtigung von Bahnanlagen,</li> <li>• die Neuanlage (inklusive Ersatzneubau), Erweiterung und Ertüchtigung von Tunneln und Brücken, Über- und Unterführungen,</li> <li>• die Neuanlage, Umwidmung, Erweiterung und Ertüchtigung von:</li> </ul>	<p>Die Eingriffsregelung ist hier zu beachten.</p> <p>Die Ausnahme führt nicht dazu, dass eine nach gesetzlichen Vorschriften bestehende Pflicht zur Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens und/ oder einer Umweltverträglichkeitsprüfung umgangen würde; diese bleiben unberührt.</p> <p>In Bezug auf insektenfreundliche Beleuchtung ist der aktuelle und anerkannte Stand der Wissenschaft und Technik zu beachten.</p>

Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Geh-, Rad-, Wander- und Reitwegen,</li> <li>▪ Bushaltestellen und Haltepunkte des schienengebundenen Verkehrs (einschließlich des barrierefreien Ausbaus bestehender Bushaltestellen und bestehender Haltepunkte),</li> <li>▪ Fahrgastunterständen an Bushaltestellen,</li> <li>▪ Beleuchtung,</li> <li>▪ Beschilderungen,</li> <li>▪ von Parkplätzen,</li> <li>▪ Abstellplätzen für Fahrräder sowie</li> <li>▪ Flächen für B+R (Bike and Ride), P+R (Park and Ride) sowie Mobilstationen <ul style="list-style-type: none"> <li>• die dem Vorhaben jeweils zugehörigen Baustelleneinrichtungen,</li> <li>• sowie die für das Vorhaben zwingend erforderlichen Infrastruktureinrichtungen</li> </ul> </li> </ul> <p>erteilen, wenn das Vorhaben aus Gründen der Verkehrssicherheit, der Erholungslenkung oder der verkehrlichen Entwicklung erforderlich ist, das Vorhaben landschaftlich angepasst ist und weder den Charakter des Gebietes erheblich verändert noch den Schutzzwecken des Gebiets zuwiderläuft sowie dabei kein wertvoller Vegetationsbestand oder Biotop beseitigt oder beschädigt wird.</p>	
	<p>4. Die untere Naturschutzbehörde kann auf Antrag, unbeschadet privater Rechte Dritter, eine Ausnahme für die Beseitigung oder den Rückschnitt vorhandener Gehölze erteilen, sofern der besondere Schutzzweck und der Charakter des Gebietes nicht erheblich beeinträchtigt werden sowie hierbei kein wertvoller Vegetationsbestand oder Biotop beseitigt oder erheblich beeinträchtigt wird.</p>	<p>Dies gilt z.B. auch für die Wiederherstellung und Unterhaltung von Sichtachsen und Blickbeziehungen insbesondere denkmalgeschützter Bauwerke oder Objekte sowie von im Fachbeitrag Kulturlandschaft zum Regionalplan Köln in der jeweils aktuellen Fassung dargestellter kulturhistorisch bedeutender Anlagen sowie im Bereich eingetragener Bodendenkmäler, wenn das Wurzelwerk der vorhandenen Gehölze das Bodendenkmal erheblich zu schädigen droht.</p>
	<p>5b. Die untere Naturschutzbehörde kann auf Antrag nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen eine Ausnahme zur Minderung bzw.</p>	<p>Dies umfasst z. B. Maßnahmen und bauliche Anlagen vor dem Hintergrund des Hochwasserschutzes, der Energiewende, von</p>

Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
	<p>Vermeidung der durch Klimaveränderungen ausgelösten Auswirkungen sowie für die Nutzung neuer Technologien zur klimaneutralen Wärmeversorgung oder Speicherung erteilen, sofern deren Zulassung unter Berücksichtigung des besonderen Schutzzweckes und des Charakters des Gebietes erfolgt und das Vorhaben nach Abwägung mit den sonstigen naturschutzfachlichen Belangen im Range vorgeht. Zu den naturschutzfachlichen Belangen zählen insbesondere wertvolle Vegetationsstrukturen oder Biotope wie insbesondere Nass- und Feuchtbiotope, Magergrünland, landschaftsprägende Bäume oder Gehölze.</p>	<p>Starkregenereignissen oder Dürren. Hierzu zählen u.a. Rückhaltebecken, das Hochwasserschutzkonzept, die Nutzung von Geothermie, die Bewässerung land- und forstwirtschaftlicher Flächen im Einvernehmen mit der unteren Wasserbehörde sowie die Neuanlage und Erweiterung von Feuerlöschteichen und Maßnahmen zur Optimierung von Stadtklimafunktionen.</p>
	<p>6b. Die untere Naturschutzbehörde kann für gesetzlich privilegierte Betriebe auf Antrag eine Ausnahme für die Anlage oder Erweiterung von Obstplantagen, Kurzumtriebsplantagen, Weihnachtsbaum-, Schmuckreisig- oder Baumschulkulturen sowie die Anlage von landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Einrichtungen wie insbesondere Folien, Hagelschutznetze und Beregnungsanlagen erteilen, sofern durch das Vorhaben weder der spezifische Schutzzweck, das Landschaftsbild oder wertvolle Vegetationsbestände/ Biotope erheblich beeinträchtigt werden.</p>	<p>Eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes kann sich insbesondere bei hohen oder sehr hohen Landschaftsbildbewertungen (gemäß LANUV) sowie in der Soers ergeben.</p>
	<p>Die untere Naturschutzbehörde kann weiterhin auf Antrag eine Ausnahme für die Einrichtung von Viehtränken im Rahmen der ordnungsgemäßen und nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB privilegierten Landwirtschaft außerhalb von Gewässern, deren Uferbereichen, außerhalb von gesetzlich geschützten Biotopen nach § 30 BNatSchG i.V.m. § 42 LNatSchG NRW und den Kronentraufbereichen von landschaftsprägenden Bäumen erteilen.</p>	
	<p>7. Die untere Naturschutzbehörde kann auf Antrag eine Ausnahme für die Wiederaufnahme der rechtmäßig ausgeübten Nutzung auf Flächen erteilen, auf denen die Nutzung aufgrund der aktuellen oder zukünftig erstmaligen Teilnahme an öffentlichen Förderprogrammen (z. B. Vertragsnaturschutz) oder vertraglichen Vereinbarungen zeitweise eingeschränkt war. Mit Inanspruchnahme einer Folgeförderung oder</p>	<p>Eine Ausnahme kann dann erteilt werden, wenn das Grundstück zum Zeitpunkt der Wiederaufnahme nicht nach § 30 BNatSchG/§ 42 LNatSchG NRW geschützt ist.</p>

Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
	<p>Abschluss eines Folgevertrages ist die vereinbarte Nutzung auf Dauer fortzuführen, solange eine entsprechende Förderung oder vertragliche Entschädigung angeboten wird.</p>	
	<p>8. Die untere Naturschutzbehörde kann auf Antrag eine Ausnahme für Übungen der Polizei, Feuerwehr, Militär sowie der anerkannten Hilfsorganisationen (z. B. technisches Hilfswerk, Deutsche –Lebensrettungs-Gesellschaft e.V.) oder der Rettungshundestaffel erteilen.</p>	
	<p>9b. Die untere Naturschutzbehörde kann auf Antrag eine Ausnahme für die Sanierung von Altlastenflächen erteilen, sofern von den Altlasten gefährliche Umweltauswirkungen auszugehen drohen und nach Sanierung der Schutzzweck des Landschaftsschutzgebietes erhalten bzw. wiederhergestellt werden kann.</p>	
	<p>10. Die untere Naturschutzbehörde kann auf Antrag eine Ausnahme für die Erteilung neuer sowie die Verlängerung bestehender wasserrechtlicher Erlaubnisse und Genehmigungen im Einvernehmen mit der unteren Wasserbehörde erteilen, sofern deren Zulassung unter Berücksichtigung des besonderen Schutzzweckes und des Charakters des Gebietes erfolgt und dabei keine erhebliche und nachhaltige Beeinträchtigung naturschutzfachlich wertvoller Gebiete entsteht.</p>	<p>Hierbei sind ggf. u.a. auch denkmalpflegerische Belange zu beachten.</p> <p>Zu den naturschutzfachlichen wertvollen Gebieten zählen wertvolle Vegetationsstrukturen oder Biotopie wie insbesondere Nass- und Feuchtbiotopie, Magergrünland, landschaftsprägende Bäume oder Gehölze.</p>
	<p>11. Die untere Naturschutzbehörde kann auf Antrag und im Einvernehmen mit der unteren Denkmalschutzbehörde eine Ausnahme von den Festsetzungen für die Erweiterung eines Denkmals (z. B. durch Aufstocken, Anbau) sowie für die Nutzungsänderung eines eingetragenen Baudenkmals erteilen.</p> <p>Voraussetzung für die Erteilung der Ausnahme ist, dass das Vorhaben weder den Charakter des Gebietes verändert noch den Schutzzwecken des Gebietes zuwiderläuft.</p>	<p>Ein Einvernehmen kann hergestellt werden, wenn das Vorhaben nach Prüfung der unteren Denkmalbehörde der Erhaltung des Denkmals, dem Erhalt der historischen Nutzung oder der Annäherung an die historische Nutzung dient.</p> <p>Bei privilegierten Vorhaben findet Ausnahmetatbestand Nr. 1b Anwendung.</p>
	<p>12. Die untere Naturschutzbehörde kann auf Antrag und im Benehmen mit der unteren Denkmalschutzbehörde eine Ausnahme von den Festsetzungen für die Errichtung zusätzlicher auch nicht baugenehmigungspflichtiger baulicher Anlagen</p>	<p>Bei privilegierten Vorhaben findet Ausnahmetatbestand Nr. 1b Anwendung.</p>



Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
	erteilen, sofern diese sich in der Fläche oder im Charakter dem Baudenkmal unterordnen und sich in die umgebende Landschaft einordnen.	
	Voraussetzung für die Erteilung der Ausnahme ist, dass das Vorhaben weder den Charakter des Gebietes verändert noch den Schutzzwecken des Gebietes zuwiderläuft.	
	13. Die untere Naturschutzbehörde kann auf Antrag eine Ausnahme für das Verlegen von privaten Hausanschlussleitungen erteilen, sofern deren Zulassung unter Berücksichtigung des besonderen Schutzzweckes und des Charakters des Gebietes erfolgt.	Zu den naturschutzfachlichen wertvollen Gebieten zählen insbesondere wertvolle Vegetationsstrukturen oder Biotope wie insbesondere Nass- und Feuchtbiotope, Magergrünland, landschaftsprägende Bäume oder Gehölze.
	14. Die untere Naturschutzbehörde kann auf Antrag eine Ausnahme für die ordnungsgemäße Wiederherstellung bestehender rechtmäßiger Parkanlagen, die entsprechend zweckbestimmt sind oder die dem Charakter nach als Parkanlage einzustufen sind, erteilen, wenn es dem Schutzzweck des entsprechenden Schutzgebietes nicht zuwiderläuft und keine erhebliche Beeinträchtigung landschaftsprägender Gehölze und keine Errichtung von Gebäuden erfolgt.	
	15a. Die untere Naturschutzbehörde kann auf Antrag eine Ausnahme für notwendige Erweiterungen und notwendige Änderungen oder Umwidmungen von genehmigten Spiel- und Sportstätten, Freizeitanlagen, Wanderwegen, Friedhöfen und Parkanlagen unter Beibehaltung der bisherigen Nutzungsart erteilen sowie eine Neuanlage oder Ausweisung genehmigen, sofern dabei kein wertvoller Vegetationsbestand oder Biotop beseitigt oder erheblich beeinträchtigt wird und wenn es dem Schutzzweck des entsprechenden Landschaftsschutzgebietes nicht zuwiderläuft.	<p>Unter die Ausnahme fallen u.a. insbesondere Zelt- und Campingplätze, Bogenschießanlagen, Grillplätze, Hundesportanlagen, Tennisplätze, der Golfplatz Schneeberg, die Eventing-Strecke des ALRV, der Kletterwald im Bereich Preuswald, der Bikepark am Dreiländereck sowie das Freizeitgelände Walheim.</p> <p>Unter die Ausnahme fällt daneben auch u.a. die Errichtung baulicher Anlagen (auch Zäune und Einfassungen).</p>
	16. Die untere Naturschutzbehörde kann auf Antrag eine Ausnahme für eine Neuanlage oder eine Erweiterung von Beleuchtung und Lichtanlagen erteilen, wenn diese aus Gründen der verkehrlichen und sozialen Sicherheit erforderlich sind. Insbesondere bei Lagen in gering belasteten Gebieten sind Maßnahmen zur Abwehr schädlicher	Zur Abwehr schädlicher Einwirkungen auf die Fauna ist insbesondere die Nutzung insektenfreundlicher Beleuchtung nach dem aktuellen und anerkannten Stand der Wissenschaft und Technik vorzusehen oder die Ausrichtung oder Intensität der Beleuchtung so zu wählen, dass keine negativen fernräumigen Wirkungen der Beleuchtung entstehen.

Ziffer	Textliche Festsetzungen	Erläuterungen
	Einwirkungen /Lichtverschmutzung auf die Fauna vorzusehen.	